

„Grüne wollen Position der Ortsbeiräte stärken“ (TV, 30.01.14), so titelte der Volksfreund und fügte an: „Fraktion will die Kompetenzen von Ausschüssen übertragen“ (ebd.).

Hier gilt es anzumerken, dass es nicht nur die „Grünen“ waren, die 2012 nach Heiligkreuz eingeladen hatten, um dort mit allen interessierten Ortsbeiräten aus sämtlichen sechzehn Trierer Stadtteilen eine gemeinsame Position zu finden, mit dem gemeinsamen Ziel, das Gewicht der Entscheidungen der Ortsbeiräte sowohl im übergeordneten Gremium des Stadtrates als auch vor der Stadtverwaltung zu stärken. Allen ca. 50 parteiübergreifend teilnehmenden Ortsbeiräten ging es vor allem darum, dass die vielfach einstimmig getroffenen Entscheidungen in den Ortsbeiräten vor Ort anschließend von den Parteien und Fraktionen im Rat der Stadt Trier „zerredet“ würden oder durch so genannte – aus Sicht der Ortsbeiräte aber irrelevanten, weil nicht nachvollziehbaren – „übergeordneten“ politischen Gesichtspunkten zum Opfer fielen, die den eigenen parteipolitischen Konkurrenz-, Abgrenzungs-, und Profilierungsneurosen der Stadträte, aber auch der Verwaltung und hier insbesondere den eigenen Vorstellungen der Dezernentinnen – geschuldet sind. Auf diese Weise wurden und werden viele Vorstellungen und Anliegen der Ortsbeiräte politisch ausgehebelt. Dagegen formierte sich nun aber ein parteiübergreifender Protest, der sich in Heiligkreuz organisierte.

Wenn nun aber die „Grünen“ öffentlich darum bitten, dass auf einer „internen Internetplattform“ (sic!) sich „alle“ Mitglieder der erst kürzlich neue gegründeten parteiübergreifenden Arbeitsgruppe zur Stärkung der Ortsbeiräte zusammenfinden sollen, um „eine gemeinsame Position (...) vor der nächsten gemeinsamen Sitzung“ (TV, ebd.) zu finden, dann erstaunt dieser Aufruf in mehrfacher Weise.

Entweder sitzen in dieser „Arbeitsgruppe“ vor allem entschiedene Ablehner aus den Parteien, die eben nicht 2012 in Heiligkreuz anwesend waren, aber anschließend ziemlich unsachliche Kritik geäußert haben, weshalb eine gemeinsame Positionierung untereinander erst wieder – wenn überhaupt - gefunden werden muss oder die verschiedenen Fraktionen haben sich wieder in bloßen parteipolitischen Abgrenzungsdebatten ergossen, weshalb ihnen nicht mehr klar ist, wohin die Reise gehen soll. Zudem kommen neben diesen parteipolitischen Unverständnissen freilich auch noch die Unverständlichkeiten der Verwaltung hinzu, die sich in keinsten Weise reformwillig zeigt, sondern zu allen bisherigen Vorschlägen „nur Bedenken geäußert habe“ (TV, ebd.).

Diese gegenseitige Blockadepaxis sollte durch die gemeinsame Initiative der 50 Ortsbeiräte gerade überwunden werden.

Insofern zeichnet es die die grüne Fraktion im Rat durchaus aus, wenn sie weiterhin hartnäckig an den gemeinsamen Zielen festhält, die sowohl durch die Diskussion in Heiligkeit als auch durch eine Umfrage innerhalb der Ortsbeiräte zustande kamen.

„Die Verlagerung der politischen Entscheidungen von den Dezernatsausschüssen in die Ortsbeiräte ist von Anfang an die Basis der Forderungen gewesen, mit denen die von Heiligkreuz initiierte Debatte 2012 begonnen hat“ (TV, ebd.), formuliert Jörg Pistorius vom TV.

Dabei war es zu Beginn der Diskussion im Jahre 2010 zunächst einmal überhaupt nicht klar, dass sich auch die „Grünen“ hinter die von mir beim Ortsbeirätetreffen 2012 eingebrachte Forderung stellen würden, nicht nur die zumeist unter „Ausschluss der Öffentlichkeit“ stattfindenden Sitzungen der Dezernatsausschüsse für eine interessierte Bevölkerung (besonders aus den Stadtteilen vor Ort) zu öffnen, sondern auch die von den Ortsbeiräten getroffenen Entscheidungen mit in die Beratungen

der Stadträte (sic!) und Dezernatsausschüsse einfließen zu lassen, um dort eine gewisse Verbindlichkeit gegenüber den Vorschlägen der Ortsbeiräte bewirken zu können (vgl. Sitzungsprotokoll des Ortsbeirätetreffens 2012 in Heiligkreuz unter dem Punkt „Redner Kürenz“). Viele der anwesenden Ortsbeiräte äußerten sich eher skeptisch zu diesem Punkt – vor allem wegen der „Verschwiegenheitspflicht“, die allerdings nur dann von Bedeutung ist, wenn Tagespunkte eben „nicht öffentlich“ abgehandelt werden sollen. Dagegen sollte aber gemeinschaftlich vorgegangen werden.

Dieser im Protokoll des Heiligkreuzer Ortsbeirätetreffens 2010 aufgeführte Punkt sorgte im Anschluss an das Treffen im Ortsbeirat in Kürenz für einen Eklat und persönliche Beschimpfungen, weil „man“ hier der Meinung war, ein solches Treffen sei erstens überflüssig und zweitens würden die Entscheidungen in Kürenz ja doch in den wirklich entscheidenden Punkten (fast) immer einstimmig getroffen. Was dann aber im Stadtrat geschehe, entziehe sich der demokratischen Einflussnahme der Ortsbeiräte – und das zu Recht, wegen der übergeordneten oder gesamtstädtischen Gesichtspunkte, die nicht von den Ortsbeiräten, sondern von den Stadträten verantwortet werden müssten! Politisch beigestanden hat mir in dieser Situation keiner!

Dieses vermeintliche Demokratieargument kann ich persönlich bis heute nicht annehmen, weil es auf einem schlichtweg falschen Verständnis von Demokratie basiert (vgl. zahlreiche Beiträge auf dieser Homepage)!

Ein Argument lautet: Wenn doch sowohl im Ortsbeirat als auch im Stadtrat die gleichen Mitglieder von Parteien mit einem Doppelmandat für den Ortsbeirat als auch für den Stadtrat sitzen, dann kann es doch nicht sein, dass die Entscheidungen im Ortsbeirat sehr wohl „einstimmig“ ausfallen als auch die anschließenden Entscheidungen im Stadtrat „einstimmig“ getätigt werden oder aber einige Fraktionen geschlossen abstimmen – hier dann aber die Vorstellungen des Ortsbeirats abgelehnt werden. So geschehen ist es sowohl bei der ersten Verabschiedung des Mobilitätskonzepts 2025, dass „einstimmig“ durch den Stadtrat gewinkt wurde, als auch bei der Verabschiedung des Trierer Schulkonzeptes (- hier allerdings von unterschiedlichen Mandatsträgern aus unterschiedlichen Fraktionen). Beide male positionierte sich der Ortsbeirat in Kürenz sehr viel differenzierter (z.B. zur Ortsumgehung Kürenz) bzw. geschlossen ablehnend zu den Verwaltungsvorlagen (z.B. beim Erhalt der Grundschule). Zu diesen „Stimmungsschwankungen“ vgl. auch Beiträge auf dieser Homepage 2013.

Ein weiteres Argument lautet: Die „Entscheidungsfindungsprozesse“ müssen auf allen politischen Ebenen sehr viel mehr transparenter gestaltet werden. Die Sitzungen der Ortsbeiräte finden in der Regel noch überall „öffentlich“ statt. Bei den „Dezernatsausschüssen“ ist das aber nicht der Fall. Hier wirken aber die (vermeintlichen) Argumente der Verwaltung auf die Stadträte bzw. auf die von den Fraktionen nominierten Dezernatsteilnehmer/innen ein. Weshalb dann das ein oder andere Vorhaben nicht mehr realisiert werden kann, entzieht sich dadurch weitgehend den Bürger/innen vor Ort, die ihre politischen Anliegen durch die Ortsbeiräte formuliert und vertreten wissen. Die übergeordneten, städteplanerischen Gesichtspunkte werden entweder gar nicht mehr kommuniziert oder so unzureichend, dass die Positionen der Verwaltung im Einzelfall als sehr willkürlich erscheinen mit dem Schluss, dass es bei einem „guten Willen“ auch anders (nämlich differenzierter) hätte gehen können – was aber verhindert wurde.

Das alles ist äußerst unbefriedigend, zumal wenn sich die Fraktionen in der Arbeitsgemeinschaft zur Stärkung der Entscheidungen der Ortsbeiräte schon wieder nicht einigen können und die Verwaltung, statt zu kooperieren, weiterhin mauert - und zwar „unter Ausschluss der Öffentlichkeit“ (TV, ebd.)!